

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2970) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mt. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 22. Juni
1898.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Alara Zettin (Eisner), Stuttgart, Rottebühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Fürtchbad-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Vor der Schlacht. — Prostitution und Frauenkrankheiten. Hygienische und volkswirtschaftliche Betrachtungen von Professor Dr. M. Fleisch. Vorgesprochen von Herr Fürtch. — Aus der Bewegung. — Kaffeeverleererinnen als Heimarbeiterinnen. Von Louise Bick. — Hymnus. Von Heinrich Heine. — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothee Woebeler. (Fortsetzung.)
Notizentheil von Lily Braun und Klara Zettin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Kinderarbeit. — Sozialistische Frauenbewegungen im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Vor der Schlacht.

Wenn diese Nummer der „Gleichheit“ in die Hände der Leserinnen und Leser gelangt, so ist die Hauptschlacht im Wahlkampf bereits geschlagen, und die Tageszeitungen haben ihre Resultate in alle Winde verkündet. Wir bedauern, daß wir am Vorabend des Wahltages schreiben müssen, an dem die Vertreter des entschiedenen geschichtlichen Vorwärts und die Anhänger des Rückwärts oder mindestens Stillstandes ihre Kräfte messen. Un dankbar ist ja die Rolle des politischen Schafers Thomas, der aus Zeichen heraus, die nur allzu leicht trügen, orakelt und prophezeit, und sehr oft durch die Ereignisse Lügen gestraft wird. Ebenso mißlich aber ist bekanntlich die Aufgabe, sich über eine Situation zu verbreiten, die sich geklärt hat, an Stelle der Vermuthung die Gewißheit treten ließ, an Stelle des werdenden das Gewordene, noch ehe das geschriebene Wort in die Deffentlichkeit gelangt ist. Mühsam und schwerfällig humpelt dann das Geschriebene hinter den Thatfachen her und schaut gleichsam aus alten, welken Zügen dem Leser entgegen. Trotzdem kommen wir an dieser Stelle und im gegenwärtigen Augenblick um das Mißliche des Prophezeiens und Nachhinkens nicht herum. Sei's darum! Der Wahlkampf ist es, der augenblicklich unser gesamtes öffentliches Leben beherrscht, und sein Ausgang greift so entscheidend in das Geschick der proletarischen Frauenwelt Deutschlands ein, er ist so maßgebend für ihre nächstliegenden Gegenwartsinteressen, wie für ihre dauernden Klassenziele, daß trotz Allem ein Ueberblick über das Kampfesfeld und den Kampfescharakter am Vorabend der großen Schlacht sich aufdrängt.

Schärfer umrissen als je eine Wahlbewegung charakterisirt sich die gegenwärtige Wahlkampagne als ein Abschnitt des gewaltigen, modernen Klassenkampfes zwischen Reich und Arm, zwischen Kapital und Arbeit, wie er durch die neuzeitliche Entwicklung der Wirthschaftsverhältnisse in Deutschland entseffelt worden ist. Gewiß spielt sich neben diesem Kampfe ein anderer ab, der nicht minder in dem Umschwung unseres ökonomischen Lebens begründet ist. Der Kampf, den die in ihrem Erwerbsleben durch die moderne Wirthschaftsordnung am meisten bedrohten gesellschaftlichen Schichten, der Kampf, den der Mittelstand gegen das siegreiche Großkapital führt. Das Handwerk will goldenen Boden zurückerobern, der Kleinkaufmannsstand möchte wieder auf einen grünen Zweig kommen, und das Kleinbauernthum sträubt sich mit der trotzigsten Hartnäckigkeit der Verzweiflung gegen seine Proletarisirung. Und wie der auf dem Boden des Wirthschaftslebens erwachsende Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit auf politisches Gebiet überschlägt und hier zum Austrag kommen muß, also auch der

wirtschaftliche Gegensatz zwischen Kleinbesitz und Großbesitz. Der gegenwärtige Wahlkampf spiegelt das zum Greifen deutlich wieder. Die Rettung des Mittelstandes, das ist in diesen kapitalistischen Zeitläufen die Quadratur des Kreises, die zu finden breite Schichten der Bevölkerung von den politischen Parteien, von der Gesetzgebung fordern. Die Rettung des Mittelstandes ist deshalb das Schlagwort, mit dem wie bisher so auch im tosenden Wahlkampf einwärtslos-ehrliche, aber öfter noch strupellos-unehrliche Politiker „den kleinen Mann“ für ihre Zwecke einzufangen trachten. Konservative und Nationalliberale, eine starke Gruppe der Herren von Zentrum nicht zu vergessen, sie alle, welche die politischen Schildknappen der großen Kapitalbesitzer sind, gehen mit diesem Schlagwort kreisend, um an ihre Fahne die Masse der Handwerker, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern zu fesseln. Die kleine Klasse der Kapitalmagnaten braucht eben die Stimme dieser Schichten, um ihre eigene politische Herrschaft aufrecht zu erhalten und zu sichern. Wie auf dem Gebiete des Wirthschaftslebens das Großkapital triumphirt, indem es die wirtschaftliche, selbständige Existenz des Mittelstandes vernichtet, so vermag es auf staatlichem Gebiete nur zu herrschen, indem es „den Unverstand der Massen“ politisch ausbeutet. Nicht behufs Rettung des Mittelstandes begehren die waschecht-staatserkhaltenden Parteien die Kleinbürger und Kleinbauern zu „sammeln“, vielmehr als Schutztruppe des Großbesitzes gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterklasse. Welche Ironie, wenn der Mittelstand sein Heil in einem Rückwärts in die Vergangenheit, Hand in Hand mit den reaktionären Vertretern des Großkapitals erblickt, statt in einem kräftigen Vorwärts in die Zukunft, Schulter an Schulter mit der revolutionären Partei des klassenbewußten Proletariats! Indem er damit die politische Machtstellung der Kapitalistenklasse befestigt, stärkt er ihre wirtschaftliche Gewalt und beschleunigt seine eigene Vernichtung durch den übermächtigen Konkurrenten. Indem er damit dem kämpfenden Proletariat in den Rücken fällt, wirkt er den Reformen entgegen, die seine Proletarisirung weniger schmerzvoll, den Aufstieg der Gesellschaft zu einer höheren Form des Wirthschaftslebens weniger schwierig und langwierig gestalten.

Gewiß auch, daß im Lager der Kapitalistenklasse verschiedene Gruppen mit tiefgehenden Interessengegensätzen vorhanden sind, und anlässlich der Reichstagswahlen um die Oberhand ringen. Die Sippe der Krautjunker will fette Profite einheimfen durch Bucherpreise der unentbehrlichen Lebensmittel. Sie ruft deshalb nach Aufhebung der Handelsverträge, nach höchsten Getreide- und Lebensmittelzöllen. Reichen Gewinn will sie säckeln aus der Ausbeutung eines bedürfnislosen, in stumpfer Ergebung robotenden und zinsende Proletariats, das in halber Hörigkeit an die Scholle gefesselt ist. Sie möchte deshalb die Freizügigkeit beseitigen, welche den Heloten der edlen Schloßherren die Ueberfiedelung in die Städte und Industriezentren ermöglicht, sie „begehrlich“ macht nach genügend Brot, nach Freiheit und Menschenwürde. Der Klüngel der Schlotjunker dagegen bedarf der Handelsverträge, bedarf des Freihandels, um seinen industriellen Erzeugnissen die auswärtigen Märkte zu erschließen und offen zu halten. Niedrige Lebensmittelpreise sind ihm im Allgemeinen erwünscht, denn diese sind von Einfluß darauf, daß die Industriearbeiter sich mit niedrigen Löhnen begnügen. Das Ausbeutungsbedürfnis des Industriekapitals verlangt nach einem Proletariat, das von der Scholle losgelöst, unsät und flüchtig jeden Augenblick der Konjunktur folgend nach einem

Orte ziehen, von einem Orte wandern kann, das durch Nachschub aus ländlichen, rückständigen Gegenden körperlich aufgefrischt und wirtschaftlich „in Bescheidenheit“ gehalten wird. Die Freizügigkeit ist eine Lebensbedingung für die Entfaltung des Kapitalismus. Kein Wunder deshalb, daß mancher rauhe, mißtönende Klang den Hörnern der Reaktionen entflieht, die zur Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie locken. Kein Wunder, daß ihnen nicht überall ein freundliches Echo antwortet, und daß konservative und Nationalliberale den Streitwagen der Sammlung vielfach mit gleichzeitigem Gott und Hi in den Wahlkampf ziehen.

Freilich, die sich im Lager der Besitzenden gelegentlich befehlen, sie sinken einander in inniger Bundesgenossenschaft in die Arme, um gemeinsam den gemeinsamen Feind zu bekämpfen: das klassenbewußte Proletariat und seine politische Vorkämpferin, die Sozialdemokratie. Die Klänkeleien und Scharmügel zwischen den verschiedenen Schichten der Besitzenden und den verschiedenen bürgerlichen Parteien treten denn auch in der gegenwärtigen Wahlbewegung als Epiphonen in den Hintergrund vor dem großen weltgeschichtlichen Kampfe zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse.

Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands konnte nicht von Sieg zu Sieg schreiten, ohne ihre Begleiterscheinung auszulösen: ein ausgebeutetes und leidendes Proletariat, das sich, allmählich von den Geißelstößen seiner Klassenlage erweckt, in ein klassenbewußt auf politischem Boden kämpfendes Proletariat verwandelt. Das unaufhaltsam reizende Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen — trotz zwölfjährigen Schandgesetzes gegen die Sozialdemokratie und trotz der klassenstaatlichen Emporkläuterung des gemeinen Rechts zum gemeinsten Recht gegenüber der Arbeiterklasse — bezeugt das. Die vollzogene und weiter vorwärts rollende Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die politische Machtentfaltung des Proletariats, sie schreien förmlich nach ernststen sozialen Reformen, nach Erweiterung und Sicherung der politischen Rechte, kurz nach der Ausgestaltung des Reichs zu einem wahrhaft modernen Staate von demokratischem Charakter.

Die Ausbeutenden und Herrschenden widersehen sich dagegen mit der steifnackigen Verbissenheit des *va banque*-Spielers jedem gründlichen Fortschritt in der einen und anderen Richtung. Stillstand auf dem Gebiete der sozialen Reformen, Rückwärtserei auf dem Gebiete des politischen Lebens, das ist die Losung, die ihr engherziges und beschränktes Klasseninteresse diktiert. Soziale Reformen, welche die wirtschaftliche Lage der frohdenden Masse heben, schaffen die Grundlage für eine höhere körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Proletariats und machen es damit kampfesfähiger. Politische Freiheiten sind der proletarischen Klassenkämpfer wirksamstes Rüstzeug im Streite. Verminderung der Kampfesfähigkeit der Arbeiterklasse, das ist es, was die Kapitalistenklasse im Interesse ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt mit ihrem Widerstand gegen den gesunden Fortschritt auf der ganzen Linie erstrebt.

Das deutsche Proletariat ist aber bisher noch nicht stark genug gewesen, diesen Widerstand brechen zu können. Es besteht ein auffälliges Mißverhältnis zwischen dem Grad seiner politischen Reife, seiner Organisation und numerischen Stärke als selbständige politische Partei in der Sozialdemokratie und seinem tatsächlichen Einfluß auf die Gesetzgebung und die Gestaltung unseres sozialpolitischen Lebens. Dieses Mißverhältnis ist die Folge der Rückständigkeit unserer politischen Entwicklung; das Proletariat muß für die Sünden der deutschen Bourgeoisie büßen, die aus Furcht vor den ersten Zuckungen des proletarischen Klassenlebens Feudalismus und Absolutismus nicht vollständig zu brechen wagte, die Deutschland nicht jung hämmerte zu einem neuzeitlichen Gemeinwesen auf demokratischer Grundlage.

Aber trotz allem können die Kapitalisten und ihr Staat sich der Einsicht nicht verschließen, daß der Ausgleich dieses Mißverhältnisses, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat unter der Herrschaft des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nur eine Frage der Zeit ist. Indem die deutsche Sozialdemokratie auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kämpft und erstarkt, hat sie den Besitzenden und Herrschenden ihre eigene Gesetzlichkeit gründlich verhaßt gemacht. Diese sind deshalb bereit, den Boden der Gesetzlichkeit zu verlassen, um ihre Gewalt aufrechtzuhalten, schrankenlos auszubenten und

zu gebieten. Das vornehmste Kampfesziel der reaktionären Parteien und der reaktionären Regierung bei den gegenwärtigen Wahlen ist deshalb die Entsendung einer Majorität von gewissenlosen Sammlungspolitikern in den Reichstag, die bereit sind, unter Wahrung des Scheins der Gesetzlichkeit die zu Recht bestehenden wichtigsten politischen Freiheiten zu menschen. Gewiß, daß die Krant- und Schlotjunker innig gefestigt auch einen Beutezug größten Stils gegen die Arbeiter in Stadt und Land, sowohl als werthschaffende Kräfte und als Konsumenten, als Steuerzahler, planen. Allein am meisten liegt ihnen doch die Beseitigung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts am Herzen, die Verböserung des Vereins- und Versammlungsrechts, die Knebelung der Koalitionsfreiheit. Sind dem deutschen Proletariat diese Rechte geraubt oder auch nur wesentlich verkümmert, dann ist seine Ausbeutung eine vollständige, dann ermangelt es der wirksamsten Waffen zur Verteidigung seiner Interessen in der Gegenwart, zur Er kämpfung seiner Freiheit in der Zukunft.

Indem die Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Wahlkampf für politische Freiheiten, für soziale Reformen ringt, will sie der Reaktion die Vorbedingungen entreißen für die freie und kraftvolle Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes. Und in diesem ihrem Ringen steht sie so gut wie allein. Wohl giebt es in Deutschland eine bürgerliche Demokratie, welche auch die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren erklärt, welche die Forderung voller politischer Freiheit in ihrem Programm führt. Aber diese bürgerliche Demokratie ist numerisch und innerlich schwach; verständiglos, zum Theil direkt feindselig steht sie den Forderungen wirtschaftlicher Reformen gegenüber; nur lau tritt sie für die politischen Rechte ein. Gegen die Sozialdemokratie und nicht gegen die Reaktion richtet sich in thörichter Verblendung vielfach ihr Kampf. So kann das werthtätige Volk Deutschlands für den Schutz seiner Rechte, für das Eintreten seiner Forderungen im Allgemeinen einzig und allein auf die Sozialdemokratie zählen. So muß es seine Stimmen auf die Sozialdemokratie vereinen, dafern es mannhafte, unbeugsame Vertreter seiner Interessen und Rechte in den Reichstag entsenden will.

Mit allen Mitteln arbeitet die Reaktion dem Triumphe der Sozialdemokratie entgegen. Zu Gunsten der Sammlungspolitik, die mit Gott für König und Vaterland die Verfassung umstürzen, das Volk auswuchern wollen, arbeitet der offizielle Wahlapparat unter der Leitung betriebsamer Räte. Zu ihrem Ruhm und Frommen macht sich der Unternehmerrassismus breit, ohne daß das Krähen eines ministeriellen Hahns zur Sammlung von Material behufs Abstellung der schreienden Mißstände ermuntert. Die politischen Klopffechter der Besitzenden kämpfen in Versammlungen, in Flugblättern und Zeitungen mit den schmutzigsten Lügen und Verleumdungen als den „geistigen Waffen“ ihres Arsenals gegen die Partei des Proletariats. Ihr suchen behördliche Mücken und Tüden ohne Zahl den Kampf zu verunmöglichen. Die Reaktion weiß was es gilt! Aber auch das Volk der Arbeit weiß, was es gilt! Zielklar und opferfreudig, warmen Herzens und kühlen Hauptes zieht es in den Kampf. Ein eiserner Wille verdoppelt und verzehnfacht seine Kraft: der Wille, die Gegenwartsflaven zu Zukunftsfreien zu wandeln. Ein heller Leitstern zeigt ihm die Bahn: die wissenschaftlich begründete Ueberzeugung von der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats, mit seiner Befreiung die Befreiung alles dessen zu erringen, was Menschenantlig trägt. Ein Halt der Reaktion; der Freiheit eine Gasse! so herrscht es durch Hunderttausende und Aberhunderttausende von sozialdemokratischen Stimmgeldern seinen Feinden entgegen. Und sollte der Ausfall der Wahlen keine endgiltige und entscheidende Abrechnung mit der Reaktion bringen, sollte das Jünglein der Wage sich weder ausschlaggebend nach rechts oder nach links neigen, von der siegreichen proletarischen Entscheidungsschlacht hieße es: Aufgeschoben, nicht aufgehoben. Am Wehstuhl der Zeit sitzen geschichtliche Mächte und weben rastlos die Vorbedingungen für den Triumph des Proletariats. Die geschichtliche Entwicklung schreitet mit der Unabänderlichkeit eines Naturprozesses über reaktionäre Klassen, Parteien und Regierungen ihren Weg weiter, der sozialen Revolution, der Befreiung des Proletariats entgegen.

Prostitution und Frauenkrankheiten.

Hygienische und volkwirtschaftliche Betrachtungen von Professor Dr. M. Fleisch.
Besprochen von Herr. Kürth.

Die Heiligkeit der Familie! Das ist der rocher de bronze (die eiserne Grundlage) des heutigen Gesellschaftsbaues. Sie angreifen, sie in ihrem Bestand als faul und zermorscht nachweisen, das heißt die Axt an das Fundament dieses scheinbar so stolzen Baues legen.

Dieses Verbrechens macht sich unzweifelhaft der Verfasser des vorliegenden Schriftchens schuldig. Mit einer Tapferkeit, die auch da anerkannt werden soll, wo ich nicht in der Lage bin, mit Dr. Fleisch übereinzustimmen, zeigt er auf, daß die Eisehe zumeist nur noch dem Namen nach existirt, und daß selbst da, wo die eheliche Treue heilig gehalten wird, das allgemein tolerirte voreheliche Geschlechtsleben der Männer die Ehe in moralischer und besonders in körperlicher Hinsicht vergiftet. Nach dem Verfasser sind mindestens 80 Prozent der Männer einmal geschlechtlich krank gewesen, und da nach den neuesten Feststellungen der Wissenschaft solche Erkrankungen nur in den seltensten Fällen vollständig geheilt werden, ist die zunehmende Zahl der an sogenannten Frauenkrankheiten leidenden Frauen fast ausschließlich auf die Ansteckung durch die Ehemänner zurückzuführen. Während die Erwerbsfähigkeit des Mannes nur selten durch Geschlechtskrankheiten beeinträchtigt wird, erfährt ihnen zur Folge der weibliche Organismus solche Schädigungen, daß häufig dauerndes Siechthum und Arbeitsunfähigkeit die traurigen Begleiterscheinungen sind. Wäre die Sache an sich nicht so furchtbar traurig und verderbenbringend für die ganze Gesellschaft, man könnte es eine heitere Ironie des Schicksals nennen, daß auf dem Umweg körperlicher Ansteckung und seelischer Herabwürdigung das Gift der Ausgestoßenen auch in die Reihen derer getragen wird, die es auf allen Gassen verkünden, daß sie Reinheit und Sittlichkeit in Erbpacht genommen haben.

Ob die wissenschaftlichen Befundungen des Schriftchens in allen Punkten zutreffend sind, darüber vermag ich nicht zu urtheilen, da ich nicht in der Lage bin, sie vom fachwissenschaftlichen Standpunkt aus nachprüfen zu können. Doch darf man erwarten, daß Fleisch, der einer der geschicktesten und tüchtigsten Frauenärzte ist, sich der allseitigen Wichtigkeit seiner Angaben versichert hat, ehe er sie in ihrer ganzen Folgeschwere der großen Öffentlichkeit unterbreitete. Sind aber seine Voraussetzungen zutreffend, so ist gegen die daran geknüpften Folgerungen und Forderungen vom Standpunkt einer gesunden und ehrlichen Sozialpolitik und Ethik höchstens das eine einzuwenden — daß nicht überall die letzten Konsequenzen gezogen werden.

Die Prostitution, führt der Verfasser aus, ist eine Nothwendigkeit unter den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, welche die Ehemöglichkeit für alle Stände verringert bezw. auf ein spätes Lebensalter hinausgerückt haben. Ist sie aber nothwendig, so schlußfolgert er weiter, so seid ehrlich genug, das zuzugehen, und anständig genug, diejenigen, welche die Prostitution als Gewerbe betreiben, nicht in den tiefsten Schmutz hinabzustößen und sie jeder Art von Herabwürdigung und Ausbeutung völlig schutzlos preiszugeben. Braucht ihr die Prostitution, so macht sie ehrlich. Dann wird sich auch die Sanirung der einschlägigen Verhältnisse auf einer breiteren, thumlicht beide Geschlechter umfassenden Basis bewerkstelligen lassen. Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß man Abstand nimmt von der Zwangsuntersuchung, die gegen die elementarsten, durch Gesetz geheiligten Rechte der persönlichen Freiheit verstößt, sowie von der Zwangsheilung, die durchaus nicht die wirkliche Genesung verbürgt, vielmehr in den meisten Fällen nur den trügerischen Schein einer solchen erweckt. Ferner muß ein weitgehendes Entgegenkommen in Bezug auf Fürsorge und Heilung stattfinden, es muß Gewerbeverbot und eventuell Bestrafung bei unheilbar Erkrankten eintreten, sowie weiterhin Fürsorge und Arbeitsvermittlung für die in Folge Erkrankung brotlos Gewordenen.

Neben diesen Vorschlägen, die in ihrer schlichten Sachlichkeit von der sonst beliebten verlogenen Behandlungsweise der Frage der Prostitution erfreulich abweichen, läuft eine Reihe anderer, die die Quellen der gesteigerten Sinnlichkeit treffen wollen. Wir kennen diese Vorschläge und wir begrüßen sie. Vernünftige Erziehung, mäßiges Leben, Klarheit und Wahrheit überall. Und „man öffne am Sonntag Nachmittag alle Museen, man schaffe wirkliche Volksvorstellungen in den Theatern, man errichte Volksbibliotheken überall bis zum kleinsten Dorf, in welchen das Volk das findet, was es gerne liest, statt pastoraler Langweile in Traktaten u. s. f., und man wird mehr nützen, als mit dem Verbot öffentlicher Lustbarkeiten, an deren Stelle, so lange kein Ersatz da ist, die geheime tritt. Aus Sittlichkeitsgründen müßten öffentliche Abstimmungen, kommunale Versammlungen und dergleichen auf die Sonntage überwiesen werden. Sehr Vieles können die Dienstherrschaften leisten, wenn sie in ihrem Haus, nach amerika-

nischem Muster, den Dienstboten den nöthigen Raum zur Verfügung stellen, in welchem sie mit Verwandten und Freunden und auch dem Bräutigam offen so zusammenkommen können, wie die Tochter vom Hause mit den Angehörigen ihres Kreises. Wenn die Dienstmädchen bei Tage anständig und öffentlich verkehren können, wird bei Nacht nichts Geheimnes und Unanständiges geschehen.“ Ganz besonders beachtenswerth ist, was der Verfasser betreffs des Einflusses „übertrieben langer Arbeitszeit“ sagt, die „den Jüngling abstumpft und unempfindlich macht“, ihn in der Folge außer Stand setzt, mit starkem Willen und unter Ausnützung der vorhandenen, sittlich kräftigenden Bildungselemente den gesteigerten Reizen der Sinnlichkeit zu widerstehen. Professor Fleischs diesbezüglichen Ausführungen stehen in scharfem und wohlthuemendem Gegensatz zu der kapitalistischerseits beliebten verlogenen Behauptung, daß die lange Arbeitszeit im Interesse der Sittlichkeit der jungen Leute nöthig sei. Was der Verfasser zu der Materie sagt, beweist gerade mit Rücksicht auf die Hebung der Sittlichkeit und Volksgesundheit die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit. Ebenso sprechen seine Darlegungen an anderer Stelle dafür, wie dringlich es ist, die Nachtarbeit zu beseitigen, überhaupt durch ernste Sozialreformen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern. Er sagt: „Nicht in so ausgedehntem Maße, dafür aber um so zwingender sind es die Verhältnisse mancher Gewerbe, welche den Minderbemittelten dem wilden Geschlechtsleben zuführen. Die Hygiene weiß das längst. Die Gewerbe, in welchen Nachtarbeit eine große Rolle spielt, vor Allem das Bäckergewerbe, zeigen gegenüber anderen Ständen ein erschreckendes Mehr an Geschlechtskrankheiten.“ Die sozialpolitischen Schlußfolgerungen dieses Thatbestandes liegen auf der Hand. Das Gleiche gilt betreffs des verrothenden und unsittlichen Einflusses, den nach dem Verfasser recht häufig das Kasernenleben auf die Soldaten ausübt.

Nicht ebenso einverstanden möchte ich mich mit der Ansicht des Verfassers erklären, daß es Aufgabe der Schule sein sollte, die abgehenden Schüler über Gefahr und Tragweite geschlechtlicher Verhältnisse aufzuklären. Das ist eine heikle Aufgabe, betreffs deren Inangriffnahme man sehr zu überlegen hätte, ob eine individuelle Behandlung nicht vorzuziehen, bezw. von Fall zu Fall verschieden zu entscheiden wäre. Jedenfalls scheint mir diese Frage noch nicht spruchreif und eingehender Ueberlegung vorbehalten.

Auch an zwei weiteren Stellen fordert Fleisch den Widerspruch heraus. Er hält Bebel's „Frau“ für eine, trotz der guten Absicht des Verfassers, gefährliche Lektüre, wenn sie in die unrechten Hände geräth. Gewiß ist sie das meiner persönlichen Meinung nach, aber sie theilt dies Schicksal mit vielen anderen verdienstlichen Schriften, nicht zuletzt mit der vorliegenden, die ich auch nicht in Jedermanns Hände legen möchte. Derartige Schriften sind jedenfalls um vieles unbedenklicher, als ein guter Theil unserer Belletristik, die in der Speculation auf den Sinnenreiz auf den Büchermarkt gebracht wird und der Sittlichkeit jahraus jahrein mehr schaden, als eine natürliche Darstellung natürlicher Dinge zum Zweck der Aufklärung und der Befundung der betreffenden Verhältnisse. Ganz erstaunlich ist auch eine andere Unterstellung. Derselbe Mann, der die wirtschaftlichen Ursachen der verspäteten Eheschließung und ihren Zusammenhang mit der Prostitution so richtig würdigt, leugnet andererseits, daß die Prostitution eine Folge der Noth, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei. Als ob „der außereheliche geschlechtliche Verkehr des Soldaten mit seinem Mädchen, des Studenten, Handlungsgehilfen und Arbeiters mit seiner Geliebten“ nicht auch in wirtschaftlichen Ursachen, der hinausgerückten Möglichkeit der Eheschließung u. dgl. mitbegründet wäre, ganz abgesehen davon, daß dieser Verkehr nicht auf einer Stufe steht mit der gewerbmäßig betriebenen Prostitution. Und als ob die Angabe, daß vielleicht nur 10 Prozent der Prostituirten als die Opfer der Verführung seitens reicher Leute und Kapitalisten anzusehen sind, die in Arbeiterkreisen allerdings heimische Auffassung von der Verschuldung der besitzenden Klassen bezw. des von ihnen vertretenen Systems wesentlich zu beeinflussen vermöchte! Ja, wie denn? Etwa 98 Prozent der Bevölkerung gehören zu den unbemittelten Klassen. Wenn da selbst nur 10 Prozent aller verführten Mädchen auf das Konto des kaufkräftigen Bevölkerungstheils kommen, so ist das ein unverhältnißmäßig hoher Prozentsatz im Vergleich zu der wenig zahlreichen Schichte der Besitzenden. Und was die Sache wesentlich erschwert, ist, daß die geschlechtliche Hingabe dem gesellschaftlich Höherstehenden gegenüber zumeist den Charakter eines bloßen Lust- und Kaufgeschäftes annimmt, bei dessen Zustandekommen der Reiche sich nicht entblödet, den schlimmsten ökonomischen Druck auszuüben und, wenn nöthig, Pascharechte geltend zu machen. Die voreheliche geschlechtliche Hingabe zwischen Gleichstehenden ist dagegen aus wesentlich anderen und gewiß nicht schlechteren Gesichtspunkten anzusehen und wird auch in der That aus anderen und gewiß nicht schlechteren Gesichtspunkten angesehen.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Ueber das Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ sprach Genossin Zhrer vom 15.—25. Mai in der Provinz Schleswig-Holstein in folgenden Orten: Rotorf, Loddstedt b. Altona, Ibehoe, Wilster, Quickborn und Flensburg. In letztgenannter Stadt, wie in Ibehoe nahmen die Frauen sehr zahlreich an der Versammlung Theil, die großen Säle waren bis auf den letzten Platz von Männer und Frauen gefüllt. Die Aufforderung, den Sozialdemokraten zu wählen bezw. für seine Wahl zu wirken, stieß nirgends auf Widerspruch. — Im Kreis Osthavelland sprach Genossin Zhrer in Potsdam, Spandau und Nauen, über „Die Forderungen der Frauen und die Reichstagswahlen.“ Auch hier fanden ihre Ausführungen den Beifall der zahlreich Erschienenen. Die bürgerlichen Kandidaten, welche zu den Versammlungen eingeladen worden waren, sandten Entschuldigungsschreiben, hatten aber in ihren Kandidatenreden die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen für unsinnig und lächerlich erklärt. Auch Herr Pastor Schall, der bisherige Vertreter des Kreises, hielt es nicht für seine christliche Pflicht, den Ausführungen der Referentin, und den entsprechenden Beschlüssen der Versammlungen entgegen zu treten. Vom 5.—16. Juni waren Versammlungen vorbereitet im 4. und 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, in Preetz, Dietrichsdorf, Kiel, Rendsburg, Neumünster, Amrum, Sylt, Friedrichstadt, Tondern. Einige der Versammlungen fielen jedoch aus, weil kein Lokal zu haben war, so auf Amrum, wo der Boden für die Sozialdemokratie noch fehlt. Unsere Anschauungen finden dort nur Anklang bei den fremden Arbeitern. Auch in Friedrichstadt, wo die Referentin bereits bei der vorigen Wahl vor sehr zahlreichem Publikum gesprochen hat, mußte die geplante Versammlung ausfallen, weil wegen des Schützenfestes ein Lokal nicht zu bekommen war. Die Wahl wird zeigen, welchen Erfolg der Sozialdemokratie unsere Agitation nebst der Regierungspolitik in den genannten Kreisen gezeitigt hat. E. J.

Öffentliche Frauenversammlungen, welche Stellung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen nahmen, fanden statt in Berlin in der Richelsdorfer Brauerei (Genossin Zhrer), in Wilhelmsberg (Genossin Baader), Stuttgart und Cannstatt (Genossin Zetkin), Königsberg (Genossin Haase), Elbing (Genossin Storch). Die Frauenversammlung in Königsberg beschloß dem Antrag der Vertrauensperson, Genossin Nähfert, gemäß, aus dem Agitationsfonds der Genossinnen 50 Mk. für die Wahlagitation zu überweisen. — Genossin Kohrlack

hielt im Wahlkreis Zeitz eine Reihe gutbesuchter Volksversammlungen ab, in denen sie über die bevorstehenden Reichstagswahlen referirte. Ueber das gleiche Thema sprach Genossin Zetkin in sehr gutbesuchten Volksversammlungen in Ravensburg, Biberach und Calw.

Um den Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen zu stärken, unternahm Genossin Zieh-Hamburg eine Agitationstour durch Braunschweig. Versammlungen fanden statt in Braunschweig, Bechelade, Wolfenbüttel, Schöningen, Helmstedt und Hameln. Die Versammlungen waren — mit Ausnahme der zu Bechelade und Schöningen — sämmtlich gut besucht und die Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen der Referentin. Die Zustimmung gab sich nicht bloß durch lebhaften Beifall kund, sondern durch Einzeichnen in die Mitgliederlisten. Im Ganzen traten dem Verband 72 neue Mitglieder bei, in der Stadt Braunschweig allein 40, darunter eine Anzahl von Frauen. In Braunschweig hielt Genossin Zieh außerdem noch eine öffentliche Versammlung für Metallarbeiter und Arbeiterinnen ab, in der sie, wie in Hameln, dem Verband dieser Arbeiterschichte neue Mitglieder gewann. In Braunschweig verbietet bekanntlich das famose Vereins- und Versammlungsrecht oder besser Unrecht den Frauen die Theilnahme an öffentlichen Versammlungen, die sich mit Politik oder öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Und die letzteren Begriffe werden von deutungsstrotzenden Behörden so weit gefaßt, daß den Frauen die Betheiligung an öffentlichen Versammlungen so gut wie unmöglich ist. So wurde z. B. eine Versammlung in Schöningen verboten, in der Genossin Zieh über die Bedeutung des ersten Mai sprechen sollte. Aber trotzdem schreitet das Werk der Aufklärung der proletarischen Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse überhaupt weiter. Die Kniffe und Puffe, mit der es die Herrschenden zu hintertreiben suchen, zeitigen das entgegengesetzte Resultat. Das wird hoffentlich die Generalabrechnung zeigen, welche die Braunschweiger Arbeiter am 16. Juni mit ihren Segnern halten. L. Z.

Kaffeeverleserinnen als Heimarbeiterinnen.

Daß zum Verlesen des Kaffees nicht nur Frauen und Mädchen auf den sogenannten Kaffeeböden beschäftigt werden, sondern daß der Kaffee auch zum Verlesen in die Gefängnisse geschafft wird, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Weniger bekannt aber wohl ist es, daß in der Kaffeebranche Heimarbeit vorkommt, und doch ist dies der Fall.

Die Reinen.

Von Dorothee Griebeler.

(Nachdruck nur mit Erlaubniß der Verfasserin gestattet.)

(Fortsetzung.)

Als die Septemberwinde das Laub von den Bäumen jagten, kehrten die Liebenden nach Berlin zurück.

Lene war mit dieser Aenderung sehr zufrieden. Eine stille glückliche Zeit lag hinter ihr, aber gerade in den letzten Wochen hatte sie wenig von ihrem Geliebten gehabt. Er war schon vor ihr gezogen, hatte sein felteneres Kommen mit angehäuften Geschäften entschuldigt und sie auf Berlin vertröstet. Nun war der Tag ihrer Ueberfiedlung gekommen. Richard selbst führte Helene in das Heim, das er ihr ganz in der Nähe seines eigenen, am Potsdamerplatz belegenen Hauses eingerichtet hatte. Es war ein kleines Schmuckkästchen in jeder Beziehung, trotzdem schienen die mannigfachen Kostbarkeiten sie nicht einmal zu erfreuen. Er sah sie enttäuscht an: „Fehlt Dir hier noch etwas, Lieb?“

Sie zögerte, dann sagte sie leise: „Ja — und ich hab' eine Bitte an Dich. — Ich möchte arbeiten.“

Er machte ein verständnißloses Gesicht: „Arbeiten?“

Sie nickte lebhaft: „Ja, arbeiten — Geld verdienen. Daß ich so Alles von Dir annehmen soll, das bedrückt mich.“

„Du bist eine Thörin. Als ob wir nicht zusammen gehörten.“

„Ja, aber —“ sie brach ab und machte eine Pause — dann warf sie sich plötzlich aufschluchzend an seine Brust: „Richard, verlaß mich nicht.“

Er lachte auf: „Habe ich denn so etwas gesagt? Laß doch die dummen Szenen, Kind, Du regst Dich bloß auf und schadest Dir, und Ruhe ist Dir jetzt so noth.“

Sie sah unter Thränen lächelnd zu ihm auf: „Du mußt mir nicht böse sein, Richard. Mir ist nur manchmal so angst.“

„Ich bin ja so glücklich mit Dir. Es kann gar nicht immer so bleiben!“

Und es blieb auch nicht immer so.

In den ersten Wochen zwar waren sie wieder täglich zusammen, dann aber kam Richard feltener, schließlich sah sie ihn nur an einigen Abenden in der Woche. Er entschuldigte sich mit gesellschaftlichen Verpflichtungen, und sie zweifelte diese Entschuldigungsgründe nicht an. Seine Zärtlichkeit für sie war ja immer die gleiche geblieben.

Anfänglich langweilte sie sich in den Stunden des Alleinseins sehr. Da Richard indessen jede wiederholte Bitte um Beschäftigung lachend abschlug, gab sie sich zufrieden und suchte sich die Zeit mit kurzen Spaziergängen zu vertreiben. Es war in den ersten Tagen des Dezember. Ein milder Winterabend lag über Berlin. Lene litt es nicht daheim, sie gab der kleinen Dienerin einige Anweisungen, schlug das dicke Pelzrad um die Schultern und ging nach der Leipzigerstraße. Das weihnachtliche Treiben hier lockte sie an. Mit der Fröhlichkeit eines sorglosen Kindes gab sie sich dem Vergnügen des planlosen Dahinschlenderns hin. An der Wilhelmstraße fesselte ein Wäschegeschäft ihre Aufmerksamkeit. Kinderanstattungen lagen im Schaufenster, reizende Baby-sachen aus spinnwebfeinem Mull mit himmelblauen Schleifen. Ein glückliches Lächeln huschte über ihr Gesicht. Sie dachte sich in dem Meer von Bändern und Spitzen ein rosiges zappelndes Kind — ihr Kind — Richards Kind. Wenn sie etwas von den Säckelchen da mitnähme? Wie Richard lachen würde, wenn sie ihn heut' damit überraschte. Ja — sie wollte es thun. Sie machte eine Wendung, um nach dem Laden emporzusteigen, dabei stieß sie gegen einen alten Herrn, der von der Wilhelmstraße her hart um die Ecke bog. Ein doppelter Auf des Erstaunens hallte durch die Luft: „Fräulein Burkhard!“

„Herr Westhoff!“

Zu einem Stiff in Hamm bei Hamburg gehört auch ein größeres Gebäude, in dem früher Kräuter zc. zu medizinischen Zwecken sortirt wurden, in dem jetzt aber Kaffee verlesen wird. Von dort holen sich Frauen — während der Saison bis zu 200 — aus der ganzen Umgegend aus Hamm, Horn, Gilbel u. s. w., Kaffee zum Verlesen in ihre Wohnung. Arbeit erhalten nur Frauen, die eine Bescheinigung ihrer Bedürftigkeit von dem im Ort amtirenden Pastor oder der Armenverwaltung beibringen können. Die Alfordfäße für diese Heimarbeiterinnen sind um circa 20 Prozent niedriger (wie ja fast überall, wo Heimarbeit neben Werkstattdarbeit vorkommt), als für die Bodenarbeiterinnen. Außerdem müssen die Frauen — vielfach Witwen — beim Abliefern, sowie bei der Zuempfangnahme des Kaffees nicht nur stundenlang, sondern oft den ganzen Tag warten, bevor sie abgefertigt werden. Um die verloren gegangene Zeit möglichst wieder einzuholen und auch um den Verdienst etwas zu erhöhen, der in Folge der niedrigen Alfordfäße ein sehr geringer ist, müssen die Heimarbeiterinnen beim Verlesen um so intensiver schaffen.

Nicht nur die Frauen, auch die Kinder, — theils in so zartem Alter, daß sie auf den Stühlen knien müssen, um an den Tisch reichen zu können — hocken um den Tisch und sind mit sieberhafter Eile am Verlesen. Die bleichen blutleeren Gesichter, die trüben glanzlosen Augen, die gebückte Haltung legen Zeugniß ab von dem ungünstigen Einfluß der Beschäftigung auf die Gesundheit. Dieser ungünstige Einfluß wird noch gewaltig gesteigert durch schlechte, ungenügende Nahrung und durch das Arbeiten in Räumen, die oft im höchsten Grade unsauber und schlecht ventilirt sind. Denn auch hier — wie fast überall in der Hausindustrie — wird die ganze Zeit der Erwerbsarbeit gewidmet; für Reinhalten und Ordnen der Wohnung bleibt nichts oder wenig übrig. Wie es in der Wohnung aussieht, davon kann man sich nur ein richtiges Bild machen, wenn man daran denkt, daß meist ein einziger Raum als Wohn-, Schlaf- und Arbeitszimmer dient. Wenn man eine solche Wohnung betritt, so glaubt man, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, wo man ein sauberes Heim antrifft, nicht in einer menschlichen Behausung sich zu befinden, vielmehr wähnt man in eine Höhle gerathen zu sein. Alles starrt von Schmutz, Menschen wie Möbel. In einer solchen Umgebung, von schmutzigen, halbnackten Menschen wird der Kaffee verlesen. Zwischen dem verlesenen Kaffee wurden schon bei der Ablieferung schmutzige, nasse Bindeln gefunden!

Trotz solch' standalöser Zustände sträuben sich die Herrn Gesetzgeber, die Hausindustrie der Gewerbeordnung zu unterstellen, machen sie mit den Arbeiterschutzbestimmungen vor der „heiligen Familie“

Halt. Man sollte meinen, daß wenn nicht die Rücksicht auf das Elend der Heimarbeiter die Herren veranlaßt, hier energisch einzugreifen, so müßten es doch Erwägungen allgemein sanitärer Natur und der Ekel thun. Den armen Arbeiterinnen kann man keinen Vorwurf ob solcher Zustände machen. Die bittere Noth, das harte Muß ist es, das sie zwingt, ihre Häuslichkeit zu vernachlässigen und ihre ganze Zeit der Erwerbsthätigkeit zu opfern. Und trotz ihrer unausgesetzten, sieberhaften Thätigkeit sind diese Frauen zum Theil gezwungen, die Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, es sei denn, daß der Mann noch verdient.

Eine Frau hat mir weinenden Auges geklagt, daß sie mit Hilfe ihrer beiden Kinder nicht mehr wie 3—4,50 Mk. die Woche verdienen könne. Eine andere Frau, die allein arbeitet, versicherte mir, daß sie nie mehr wie 1,50—2 Mk. die Woche erarbeite. Eine Dritte bringt es mit Hilfe von 6 Kindern auf 12 Mk. die Woche. Der Unternehmer aber spart Dank der Heimarbeit nicht nur Miete, Licht und Lohn, sondern auch die Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung, sowie die Krankenkassenbeiträge und erscheint außerdem noch im strahlenden Lichte der Humanität und Menschenliebe, da er armen Frauen die Gelegenheit verschafft, im Hause bei ihren Kindern etwas zu verdienen! Göttliche Bestordnung!

Louise Biez.

Notizentheil.

(Von Lily Braun und Klara Zetkin.)

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens.

Frauenarbeit vor! das scheint in den letzten Monaten die Losung der Garnisonsverwaltung zu Wandersbeck gewesen zu sein. Im März wurden sechs von den als Bodenarbeiter im Fourageschuppen beschäftigten Männer entlassen und durch Frauen ersetzt. Die Garnisonsverwaltung ersparte dadurch sechsmal 1 Mk. 20 Pf. pro Tag, gleich 7 Mk. 20 Pf., denn den Männern wurde ein Tagelohn von 3 Mk. gezahlt, während die Frauen nur 1 Mk. 80 Pf. erhielten. Weitere Entlassungen von Arbeitern werden, wie es scheint, geplant. Ob die Garnisonsverwaltung durch diese Art der „Sparpraxis“ wohl den Militarismus beim Volke beliebter macht? Ob sie durch diese Art der „Sparpraxis“ die Millionen in Vergessenheit bringt, welche als Unteroffiziersprämien zur Aufmunterung für den Fall des Straßen-

Der Prokurist streckte ihr die Hand entgegen: „Also Sie sind wieder in Berlin, Helene?“

„Ich in —?“ Sie zitterte am ganzen Körper, ohne recht zu wissen, weshalb. Dann fiel ihr ein, daß Richard ihr Fernbleiben im Geschäft mit einer Stellung nach außerhalb beschönigt hatte, und so sagte sie, sich zur Ruhe zwingend: „Ja, seit drei Wochen.“

„Und haben Sie eine neue Stellung?“

„Nein.“

„Nicht? Ach, verzeihen Sie, Sie sind verheirathet?“

Sie fühlte, wie sie trotz des Schleiers erröthete, hastig machte sie eine abwehrende Handbewegung und schritt weiter zum Potsdamerplatz zurück: „Reden wir doch erst einmal von Ihnen. Wie geht es Ihnen? Gut, das sieht man. Und was macht das Geschäft? Ist Fräulein Werner noch da? Verlobt! Was Sie da sagen! Was macht denn unser kleiner Korrespondent, der Ewald?“

„Wird auch bald heirathen. Alles will heirathen, Herr Dernburg hat ja nun auch zu Weihnachten Hochzeit.“

Sie blieb stehen und wandte ihm das Gesicht zu, aus dem jeder Blutstropfen gewichen war, wie geistesabwesend wiederholte sie: „Herr Dernburg Hochzeit? Zu Weihnachten Hochzeit?“

Der Alte überhörte den seltsamen Klang ihrer Stimme: „Ja, ich vermuthete es doch schon im Sommer, wissen Sie noch? Fräulein von Salbern ist richtig die Erbkorene. Im Oktober haben sie sich verlobt.“

„Das ist eine Lüge!“ Sie schrie es mehr als sie es sprach, Westhoff fuhr auf: „Erlauben Sie mal — ich — aber mein Gott, was ist Ihnen denn?“ Er griff gerade noch rechtzeitig zu, um Vene vor dem Niedersinken zu bewahren. Sie lehnte sich an die Mauer und sah ihn mit siebernden Augen an: „Sagen Sie, daß es eine Lüge ist. Es — es kann nicht wahr sein!“

Er schüttelte den Kopf: „Es ist doch wahr, aber — ich begreife Sie nicht. Wie kann Sie das aufregen? Steht denn Herr Dernburg in irgend einer — Beziehung zu Ihnen?“

Sie antwortete nicht, aber in ihren Augen lag etwas so Leeres, Hoffnungsloses, daß er erschüttert ihren Arm in den seinen zog und sie langsam weiter führte: „Sie sind krank, Helene, darf ich Sie nach Hause bringen? Ich werde einen Wagen besorgen.“

„Nein, nein!“ Sie schüttelte heftig den Kopf. „Es geht schon. Es geht wirklich, Westhoff. Da drüben bin ich auch zu Hause. Sehen Sie, das Erkerhaus in der Dinkstraße.“

„Da? — Ach so —“ ein verständnißvolles Aufleuchten ging über sein Gesicht, allein er sagte nichts weiter als: „Kann ich Ihnen wirklich nichts mehr helfen, Helene?“

„Nein, nichts. Ich danke Ihnen, Herr Westhoff, und ver — verzeihen Sie mir.“

Er behielt ihre kleine eiskalte Hand in der seinen: „Leben Sie wohl, Helene, lassen Sie es sich gut gehen. Und dann noch eins; Sie wissen doch, wo der alte Westhoff wohnt. Wenn Sie je einen Rath brauchen oder eine neue Stellung, mein Schwager macht Neujahr auch eine Blumenfabrik auf — vergessen Sie es nicht.“

„Ich werde es nicht vergessen. Ich danke Ihnen.“

Unfähig, noch länger ihre Fassung zu bewahren, wandte sie ihm rasch den Rücken und wandte ihrer Wohnung zu.

* * *

Er war da. — Er saß am Klavier und phantasierte, und so vertieft war er in sein Spiel, daß er ihr Kommen gar nicht hörte. Sie blieb an der Thüre stehen und starrte mit brennenden Augen zu ihm hinüber. Ihr Blick mußte etwas Bannendes haben; Richard brach plötzlich ab und drehte sich um: „Endlich! — Ich habe mich schon geängstigt, wo — aber um Himmelswillen — was ist Dir?“

Er eilte auf sie zu, um sie zu stützen. Sie schob ihn zurück und ging an ihm vorbei in die Mitte des Zimmers. „Ich habe

kampfs gezahlt werden, als standesgemäße Pensionen rüstigen Männern zufallen, welche ihren Abschied nehmen mußten, weil sie bei dem Avancement übergangen wurden; die Millionen all, die buchstäblich verpulvert und ins Wasser geworfen werden? l. z.

Die erste Markenverkäuferin im Dienste der Reichspost ist seit kurzem im Schaltervorraum des Hof-Postamtes Berlin in Thätigkeit getreten.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation.

Der erste Kongreß des Verbandes der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen fand am 30. und 31. Mai und 1. Juni in Berlin statt. Zweck des Kongresses war die Gründung eines Zentralverbandes der in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Kongreß war von zwanzig Delegirten aus Berlin, Hamburg, Mainz, Stuttgart, München, Leipzig, Breslau, Hannover, Kassel und Straßburg besucht. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften war durch Genossin Kähler, der deutsche Buchdrucker-Verband durch seinen Vorsitzenden Döblin vertreten. Den Vorsitz führte abwechselnd Herr Zahns und Frau Paula Thiede. Am ersten Tage wurden die Situationsberichte über die Arbeitsverhältnisse an den durch Delegirte vertretenen Orten gegeben. Festgestellt wurde, daß zumal die Löhne der Hilfsarbeiterinnen an manchen Orten außerordentlich niedrige sind, und daß in Folge dessen die Organisation dieser Arbeiterinnen auf große Schwierigkeiten stößt. Es sind etwa 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche organisiert. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Die Gründung eines Zentralverbandes“ referirte Genossin Klara Bien. In lichtvollen und beweiskräftigen Ausführungen zeigte die Referentin die Nothwendigkeit und die Vortheile der Zentralisation. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Gründung eines Zentralverbandes aus. Ueber den Stand der Presse sprach der Redakteur der „Solidarität“, des Fachorgans, das vom „Graphischen Kartell“ herausgegeben wird, aber in erster Linie die Interessen der Buchdruckereihilfsarbeiter vertritt. Der Kongreß beschloß zuerst die obligatorische Einführung der „Solidarität“, stieß aber späterhin diesen Beschluß um, da der festgesetzte Wochenbeitrag von 10 Pf. nicht ausreicht, die Kosten des Obligatoriums zu decken. Ueber die „Arbeitsnachweise“ referirte Herr Zahns. Er vertrat die Auffassung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter allein gehöre, und daß an allen Druckorten, wo es möglich sei, Arbeitsnachweise der Hilfsarbeiter

errichtet werden sollten. Der Kongreß stimmte den entwickelten Gesichtspunkten zu und beschloß außerdem die Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweises, der vom Verbandsvorstand geleitet wird und für Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage wirken soll. Nachdem der Kongreß einstimmig die Gründung eines Zentralverbandes beschlossen hatte, trat er in die Statutenberathung ein. Die Aufzunehmenden müssen das 18. Lebensjahr erreicht haben. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., der Wochenbeitrag 10 Pf. Der Verband gewährt eine Arbeitslosenunterstützung von 50 Pf. pro Arbeitstag, ein klagbares Recht darauf steht jedoch den Mitgliedern nicht zu. Die Berathung und Formulirung einer Reihe von Paragraphen, welche die inneren Verwaltungsangelegenheiten des Verbandes betreffen, wurde dem Verbandsvorstand Herrn Döblin übertragen. Als Verbandsvorsitzende wurde einstimmig Frau Paula Thiede gewählt, als Sitz der Leitung Berlin bestimmt. Der Verband der Buchdrucker fördert in anerkannter Weise die Agitation für die Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und die Arbeiten für den Ausbau des Verbandes.

Die erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands tagte am Pfingstmontag zu Frankfurt a. M. Sieben Delegirte aus Breslau, Elberfeld, Frankfurt a. M., Fürth, Hamburg, Köln, Krefeld, Leipzig und Nürnberg wohnten der Generalversammlung bei; außerdem der Vorsitzende des Verbandes, Herr Segnis-Hamburg und der Vertreter der Generalkommission, Genosse Sabath. Aus dem Thätigkeitsbericht geht hervor, daß der Verband 337 Mitglieder zählt, 2713,18 Mk. vereinnahmte und 2429,78 Mk. verausgabte. Zur Frage der Agitation gelangte eine Resolution zur Annahme, welche es den Bevollmächtigten des Verbandes und den größeren Städten zur Pflicht macht, die Agitation im Einvernehmen mit dem Vorstand zu betreiben und den Kollegen der kleineren Orte mit Rath und That beizustehen. Die einstimmig angenommene Resolution, welche sich auf die Frage der Organisation bezieht, erklärt, daß die Zentralisation sich durchaus bewährt hat, und fordert die auf gleichem Boden mit dem Verband, aber abseits davon stehenden Organisationen auf, sich diesem anzuschließen. Zu dem Punkte „Forderungen der Handelsangestellten“ nahm die Generalversammlung eine Resolution an, welche besagt, daß in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung die Möglichkeit der Vervollständigung der Gehilfen und Gehilfinnen immer mehr abnimmt, daß die größere Arbeitstheilung in den Engros- und Bankgeschäften und die umfassende Verwendung weiblicher Kräfte die Stellung des Handels-

Westhoff getroffen“, dann ein banger verzweifelter Ausschrei: „Richard! — Du willst mich verlassen?“

Nun war er doch an ihrer Seite; sanft ließ er sie in einen Sessel gleiten: „Wer — wer sagt das? Unsinnsige Lüge! Ich —“

Sie unterbach ihn mit einem Jubelruf: „Also doch eine Lüge! Es ist nicht wahr, daß Du mit Deiner Kousine verlobt bist, daß —“

Er erblaßte etwas und antwortete nicht, sie nahm seine Hände zwischen die ihren und sah mit einem angstvoll stehenden Blicke zu ihm auf: „Sage noch einmal, daß es nicht wahr ist.“

Allein er schwieg weiter, und erst nach einer ganzen Weile sagte er ruhig: „Es ist wahr.“

Sie ließ seine Hände fahren und sprang auf, einen kurzen Augenblick leuchteten ihre Augen ineinander, dann wendete sie sich ab und sagte dumpf: „Ich werde gehen.“

„Gehen?“ Er vertrat ihr den Weg: „Du willst fort? Warum?“

„Das kannst Du fragen?“

„Ich meine, ich habe ein Recht dazu. Was hat denn unsere Liebe mit meiner Heirath zu thun? Zwischen uns bleibt selbstverständlich alles beim Alten.“

„So?“ Helene brach in ein schneidendes Lachen aus. „Also offener Ehebruch? Nicht genug, daß Du mich schon seit Wochen belogen hast, willst Du auch noch Deine Frau betrügen!“

Er stimmte nervös in ihr Lachen ein. „Ehebruch — Lüge — Frau betrügen — Du wählst Deine Worte etwas sonderbar. Ich habe Dir gesagt, daß ich Dich liebe, und ich liebe Dich noch. Ich habe Dir versprochen, Dich nicht zu verlassen, das liegt auch gar nicht in meiner Absicht. Ich brauche eine Frau, die repräsentirt und mir vornehme Verbindungen sichert, nach beiden Richtungen hin entspricht meine Kousine meinen Ansprüchen.“

„Also nur ein Geschäft?“

„Ja, natürlich, Gott sei Dank, daß Du es einsehst. In unseren Kreisen sind wir eben nicht romantisch.“

„Nein, Ihr verkauft Euch bloß.“

„Helene, wäge Deine Worte — Du kannst über diese Verhältnisse nicht urtheilen. — Meine Kousine weiß ganz genau, was sie von mir zu erwarten hat. Wenn — wenn es Dein zartes Gewissen beruhigt — kann ich Dir überhaupt sagen, daß sie durchaus nichts weiter verlangt, als mein Geld. Von Betrug kann also keine Rede sein. So, und nun komm und sei vernünftig, Schatz.“

Er machte einen Versuch, sie wieder an sich zu ziehen, sie stieß ihn zurück: „Nähr' mich nicht an!“

„Also noch immer unverzöhnlich? Du zürst im Ernst?“

„Nein, ich — ich verachte Dich!“

„Helene!“ Die Zornesader auf Richards Stirne schwellte, allein er bezwang sich und sagte kalt: „Du bist krankhaft erregt und weißt kaum, was Du sprichst. Wenn Du Dich beruhigt hast, reden wir weiter. Vorläufig werde ich Dir einen Arzt senden.“ Ohne eine Antwort abzuwarten, verließ er das Zimmer.

Sie verharrte noch einige Minuten regungslos, dann stürzte sie nach dem Schlafzimmer. Sie hatte keinen anderen Gedanken mehr, als fort, nur fort, hinweg von der Stätte, die einst ihr Glück gesehen. In fieberhafter Hast packte sie einige ihrer nothwendigsten Sachen in eine kleine Handtasche, steckte die geringen Ersparnisse zu sich, die sie noch aus ihrer Geschäftszeit besaß, und eilte planlos in die Nacht hinaus, weiter — immer weiter. Aber sie hatte sich doch zu viel zugemuthet. Ihre Pulse begannen zu fliegen, wirre Bilder tanzten in ihrem Hirn. Dann wurde es ihr plötzlich schwarz vor den Augen, die Füße brachen unter ihr zusammen, ohne einen Laut sank sie bewußtlos in den weichen Schnee.

(Fortsetzung folgt.)

angestellten immer unsicherer und weniger lohnend macht, und daß die betreffende Entwicklung erst durch die schließliche Beseitigung des jetzigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit überwunden werden kann. Eine einheitliche Organisation ist gegenwärtig das wirksamste Mittel, die männlichen und weiblichen Handelsangestellten vor dem Heruntergedrücktwerden auf eine niedrigere Kulturstufe zu bewahren. Gleichzeitig müssen die Gehilfen und Gehilfinnen von der Gesetzgebung folgende Schutzmaßregeln fordern: 1) Einführung des gesetzlichen Achtuhrladenschlusses; Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden bei Festsetzung eines Uebergangsstadiums. 2) Obligatorischer Fortbildungsunterricht während täglich 2 Stunden des Vormittags für Angestellte unter 18 Jahren. 3) Vollständige Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden. 4) Gesetzliches Verbot aller Abzüge vom Gehalt, mit Ausnahme derjenigen für Versicherungsbeiträge. Bessere Anpassung der Versicherungsgesetze an die Bedürfnisse der Handlungsgehilfen. 5) Errichtung laienmännlicher Schiedsgerichte im Anschluß an die Gewerbegerichte unter Hinzuziehung von Gehilfen. 6) Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektion und im Anschluß an dieselbe. 7) Verbot der Konkurrenzklause. 8) Gesetzliche Verpflichtung des Prinzipals, während militärischer Übungen des Gehilfen diesem bis zu 6 Wochen das Gehalt weiterzuzahlen. Behufs wirksamer Vertretung dieser Forderungen müssen alle gesetzlichen und polizeilichen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts fallen, und es ist nöthig, daß die bezahlten Kräfte im Handelsgewerbe sich einheitlicher als bisher ohne Unterschied der Konfession, der Geschäftsstellung, des Geschlechts und des politischen Bekenntnisses im Zentralverband organisiren. Die Generalversammlung beschloß, den Sitz des Verbandes in Hamburg zu lassen, die Stellenlosenunterstützung einzuführen, und zwar in der Höhe von 1 M. pro Tag für die Dauer von 8 Wochen und Rechtschutz nach dreimonatlicher Karenzzeit zu gewähren. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Segnitz, als Redakteur des Verbandsorgans Josephsohn gewählt.

Der 13. Verbandstag der deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunderscher Richtung) tagte in der Pfingstwoche in Magdeburg. Der Punkt der Tagesordnung: „Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter“ führte zu umfassenden Debatten über die Frage der gewerblichen Frauenarbeit und die Organisirung der Arbeiterinnen. Zum Thema referirte Koch-Berlin. Die von dem Referenten entwickelten Gesichtspunkte fanden im Allgemeinen Zustimmung. Zwei der von ihm formulirten Forderungen stießen jedoch auf verschiedenen Widerspruch und wurden mit guten Gründen bekämpft. Es war dies die Forderung, daß die Lohnarbeit verheiratheter Frauen möglichst ganz abzuschaffen sei, sowie die andere, die Gewerkevereine hätten ihren weiblichen Mitgliedern später zur Gründung eigener Frauengewerkevereine behilflich zu sein. An den Debatten betheiligte sich u. a. Frau Sanitätsrath Schwerin, die sich mit trefflicher Begründung gegen die angezogenen zwei Forderungen wendete. Sie hielt den Ausschluß der verheiratheten Frauen von der Lohnarbeit unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen für nicht durchführbar und befürwortete dringend die gewerkschaftliche Organisirung der Arbeiterinnen. Im Gegensatz zu dem Referenten und mehreren Diskussionsrednern erklärte sie jedoch die Organisirung in Nur-Frauengewerkevereinen als eine Zwischenstufe, die gemeinsame Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen eines Berufs als die vollkommene und leistungsfähigere Form des Zusammenschlusses. Der Regierungs- und Gewerberath Hirsch-Magdeburg wendete sich gegen verschiedene Punkte der vom Referenten vorgeschlagenen Resolution. Seiner Ansicht nach verdienen die jugendlichen Arbeiter vielfach nicht zu wenig, sondern zu viel (!). Er hielt es für bedenklich, verheirathete Frauen gesetzlich von der Erwerbsthätigkeit auszuschließen. Die Herabsetzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiterinnen auf 6 Stunden schien ihm gewagt (!), solange es an Einrichtungen fehle, welche die Jugend in der übrigen Tageszeit angemessen beschäftigen. Ebenso wendete sich der Herr gegen die Forderung der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Die meisten, der zur Begründung dieser Forderung angezogenen sittlichen Vergehen fielen nicht unter das Gewerbe-, sondern unter das Strafgesetz. Die Inspektorin könne deshalb auch nicht auf Grund des Gewerbegesetzes solche Vergehen fassen. Dr. Franke-Berlin, der Redakteur der „Sozialen Praxis“, erörterte die Hindernisse, die zur Zeit der Organisation der Frauen im Wege stehen. Die wichtigste Vorbedingung einer kräftigen Organisation der Arbeiterinnen sei volle Vereins- und Versammlungsfreiheit und die gesetzliche Anerkennung aller Berufsvereine. Er wies darauf hin, daß verschiedene Bestimmungen des § 154 der Gewerbeordnungsnovelle seit sieben Jahren der Ausführung harren. Frau Sanitätsrath Schwerin griff nochmals in die Debatte ein und betonte, daß die Gewerkevereine die Frauen nicht nur dulden, sondern heranziehen müßten. Sie verwies des Weiteren darauf, daß in England die Regierung die Nothwendigkeit der Anstellung weiblicher Fabrik-

inspektoren eingesehen habe. Bei der Abstimmung wurde die Resolution des Referenten angenommen, jedoch mit Streichung der beiden Stellen, die sich auf die Abschaffung der Lohnarbeit verheiratheter Frauen und auf die Gründung von Nichts-als-Frauengewerkevereinen bezogen. Ferner gelangte ein von Dr. Max Hirsch gestellter Zusatzantrag zur Annahme, der sich für gründliche Umgestaltung der Gefindeordnung gemäß der wesentlichen Grundsätze der Gewerbeordnung erklärt. In Folgendem der Wortlaut der Resolution:

„Zur wirksamsten Lösung der Frage gewerblicher Frauenarbeit muß gesucht werden die Lage der männlichen Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln und durch Vereinigungen auf dem Boden der Selbsthilfe zu bessern.“

Der Beruf der Frau ist am wichtigsten und segensreichsten in der Familie. So lange jedoch die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse einen bedeutenden Theil der weiblichen Bevölkerung für ihre Existenz zur Lohnarbeit nöthigen, bedürfen diese Arbeiterinnen im besonderen Grade des gesetzlichen Schutzes sowohl in der Fabrik- als auch in der Hausindustrie.

Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen ist allmählig auf acht Stunden herabzusetzen, die Arbeitszeit jugendlich-weiblicher Arbeiterinnen entsprechend niedriger. Die Altersgrenze jugendlicher weiblicher Arbeiterinnen ist auf 18 Jahre zu erhöhen. Eine weitere Beschränkung aller Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter in gesundheitschädlichen Betrieben ist anzustreben.

Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektorinnen ist unbedingt nöthig und diese sind aus den mit dem Arbeiterleben bekannten Kreisen zu wählen.

Die Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft muß, bei gleichen Leistungen, der der männlichen Arbeiter gleichkommen. Die Forderung der Erhöhung der Löhne der Arbeiterinnen von ihrem jetzigen tiefen und zum Lebensunterhalt unzureichenden Stande ist zugleich ein Hauptmittel zur Besserung der Löhne männlicher Arbeiter.

Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen ist das wichtigste Mittel zur Besserung ihres Looses. Die deutschen Gewerkevereine haben die Pflicht, so viel wie möglich weibliche Mitglieder zu erwerben. Die Arbeiterinnen müssen ihr Interesse diesen bewährten Organisationen zuwenden, um dadurch im Kampfe um ihre Existenz gestärkt zu werden.

Den Arbeitsverhältnissen jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ist volle Aufmerksamkeit zuzuwenden; ebenfalls müssen diese Personen frühzeitig in die deutschen Gewerkevereine aufgenommen und durch allgemeine und gewerbliche Fortbildung zu tüchtigen Mitgliedern geschaffen werden, um so durch Nachwuchs jugendlicher Kräfte der Organisation die weiteste Verbreitung zu geben.“

Weiter gelangte folgender Zusatzantrag des Verbandsanwalts einstimmig zur Annahme:

Der Verbandstag beschließt, bei den gesetzgebenden Körperschaften um gründliche Umgestaltung der Gefindeordnung gemäß den wesentlichen Grundsätzen der Gewerbeordnung zu petitioniren. Mit der Ausarbeitung dieser Petition wird der Zentralrath betraut.

Kinderarbeit.

Zur Frage der Kinderarbeit hat der deutsche Lehrertag zu Breslau Stellung genommen. In seiner Sitzung vom 31. Mai behandelte er die Frage: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugendberziehung durch die gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ Berichterstatter war Lehrer Fechner-Berlin. Unter den Begriff der gewerblichen Kinderarbeit fallen nach ihm „Arbeiten bei fremden Arbeitgebern gegen Lohn, im Elternhause gegen Entgelt und solche Arbeiten, die Gegenstände zur gewerblichen Verwerthung erzeugen.“ Häusliche Arbeiten vorübergehender Art fallen nicht unter den Begriff. Er führte aus, daß die Hamburger Lehrerschaft den Ruhm beanspruchen dürfe, zuerst Erhebungen über die Kinderarbeit angestellt zu haben. Dort, wo Erhebungen stattgefunden haben, beträgt die Zahl der gewerblich thätigen Kinder in den Großstädten zwischen 12 und 13 Prozent, auf dem Lande dagegen 25 Prozent; in der Hausindustrie waren 1895 bereits 214954 Kinder beschäftigt. Die Gesamtzahl der erwerbsthätigen Kinder stellt sich auf weit über eine Million. Es sei unmöglich, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Kinderarbeit nicht schädlich sei. In Hamburg z. B. beginnen von 2053 Kindern bereits 374 ihre Arbeit um 6 Uhr, 116 um 5 Uhr, 42 um 4 Uhr und 31 um 3 Uhr. In Liegnitz arbeiten von 209 Kindern 89 mehr als 8 Stunden täglich. Es kommt vor, daß Kinder bis 2 und 3 Uhr Nachts Kegel aufsetzen und früh 5 Uhr mit anderer Arbeit beginnen müssen. In den ländlichen Bezirken liegen die Dinge nicht besser als in den Städten. In Pommern seien von 1382 erwerbsthätigen Kindern fast

40 Prozent in Folge der Arbeit gesundheitlich bedroht, so die Hütungen, Kartoffelgräber und die in den Ziegeleien beschäftigten Kinder. An den Kindern werde ein wahrer Raubbau getrieben. Kinderschuttsvereine seien mindestens so nötig, wie Thierschutzvereine. Zu der gesundheitlichen komme die sittliche Schädigung. Auf dem Lande seien 66 Prozent der erwerbstätigen Kinder sittlich gefährdet. In Blöhensee waren von 100 jugendlichen Gefangenen 70 neben der Schule dem Erwerbe nachgegangen. Unter den Prostituirten in Berlin seien 11-, 12-, 13- und 14-jährige Mädchen gefunden worden. Die körperliche Uebermüdung und die sittliche Verkommenheit erschweren Unterricht und Erziehung. Angesichts der vorliegenden Thatfachen erscheine es unbegreiflich, daß Großgrundbesitzer, Bäckermeister etc. erklären, sie könnten die Kinderarbeit nicht entbehren. Lebhaft müsse man dagegen protestiren, daß die Schulzeit verkürzt werde, wie es der Abgeordnete Gamp im preussischen Abgeordnetenhaus gefordert habe. Die soziale Gesetzgebung sei seit 1890 ins Stocken gerathen, das beweisen auch die Verhältnisse betreffs der gewerblichen und landwirtschaftlichen Kinderarbeit. Nur die Sozialdemokratie hat bisher das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit in ihr Programm aufgenommen und tritt für diese Forderung ein. Hoffentlich werde das Wirken des deutschen Lehrerverbandes wesentlich dazu beitragen, daß der Drachen Kinderarbeit erlegt wird, der einer Million deutscher Kinder am Lebensmark lehrte. In der Debatte, die an den Vortrag angeschlossen, waren alle Redner, mit einer einzigen Ausnahme, einig in der Verurtheilung der Kinderarbeit neben der Arbeit, welche die Schule fordern müsse. Für die Beseitigung der Kinderarbeit sprachen Martell-Frankfurt a. M., Agales-Nixdorf, Strafanstaltslehrer Erfurt-Blöhensee, Rektor Köhler. Unter heftigem Widerspruch der Versammlung brach der Lehrer Ricks-Rothfärber eine Lanze für die Ausbeutung der Kinder durch die Herren Agrarier, indem er eine drei- bis vierstündige ländliche Arbeit für eine Wohlthat an den Kindern erklärte. Die Versammlung nahm eine Reihe von Thesen des Berichterstatters an. Danach ist die vollständige Beseitigung der überaus verbreiteten gewerblichen Kinderarbeit zu erstreben, welche die Kinder körperlich und geistig verkümmert und der Schule schwerwiegende Hindernisse bereitet. Solange aber die sozialen Verhältnisse, namentlich die Nothlage zahlreicher Familien, die Durchführung dieser radikalen Maßregel noch unmöglich machen, muß wenigstens eine weitgreifende Einschränkung der Erwerbstätigkeit der Kinder angestrebt werden. Nach dieser Richtung hier erscheint als durchaus nothwendig: a) das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Beseitigung der Hütenschulen, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbstätigkeit geschehen. b) Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, sowie Akkordarbeit, Doppelbeschäftigung ist zu verbieten. c) Ebenso die Arbeit älterer Kinder Morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr Abends und an Sonntagen. d) Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist auch während der Ferien möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind. e) Ganz zu verbieten ist: Hausiren, Beschäftigung in Wirthshäusern, bei Schaustellungen und Treibjagden. f) Die staatliche Aufsicht ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft auszudehnen. Endlich forderte die Versammlung eine neuerliche und verbesserte Reichsstatistik über die Kinderarbeit und ihre Ausdehnung auf die Arbeit der Kinder in der Landwirtschaft. Der grundsätzliche Standpunkt, der auf dem Lehrertag zur Frage der Kinderarbeit vertreten wurde, entspricht durchaus den diesbezüglichen sozialdemokratischen Forderungen. Die deutsche Lehrerschaft hat sich durch ihre Erhebungen über die Kinderarbeit, der Lehrertag durch seine offene Behandlung der Materie wohl verdient gemacht. Insbesondere ist die unabweisende Stellungnahme zur Frage der hausindustriellen und landwirtschaftlichen Ausbeutung der Kinder freudig zu begrüßen. Der Lehrertag war von etwa 3500 deutschen und österreichischen Lehrern besucht, 275 Lehrervereine mit 87000 Mitgliedern waren durch Delegirte vertreten. Man sollte denken, daß die bedeutsame Kundgebung von Einfluß auf die Festlegung ausreichenden gesetzlichen Schutzes der Kinder sein müßte. Aber im Reiche der deutschen Sozialreform denkt der Vorurtheilslose und der Scharfmacher zu Neunkirchen lenkt.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Mit der Frage der Frauenorganisation beschäftigte sich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, der zu Pfingsten in Linz tagte. Genosse Schuhmeier vertrat den Standpunkt, daß separate Frauenorganisationen sich mit der Zeit

als nicht zweckmäßig erweisen würden. In allen Versammlungen sei darauf hinzuweisen, daß auch die Frauen sich der Organisation anschließen müssen. Er wendete sich dagegen, daß viele Genossinnen es bemängeln, daß die Frauen sehr bewußter Genossen der Organisation fernstehen. Er erachte die Organisation dieser Frauen nicht unter allen Umständen für nötig. Jeder verheirathete Genosse müsse aber danach streben, seine Frau aufzuklären. Es sei schon ein Erfolg, wenn die Frauen ihre Männer im Kampfe fördern und ihnen keine Hindernisse in den Weg legten. „Rehren Sie sich nicht um meine Ansicht“, so schloß er, „sondern arbeiten Sie energisch in dem Sinne weiter, den Sie für den richtigen halten, wir werden auch in dieser Sache alle zu demselben Ziele gelangen.“ Schuhmeiers Ausführungen wurden von den Genossinnen Popp und Glas bekämpft. Genossin Popp sagte: „Es ist wahr, daß die verheiratheten Genossinnen sich nur schwer in der Organisation bethätigen können. Für uns aber ist die Frage der Frauenorganisation vor allem eine Frage der Organisation der Lohnarbeiterinnen. Die verheirathete Arbeiterin bleibt Lohndrückerin wie die ledige, wenn wir sie nicht geistig und ökonomisch emporheben. Separate Frauenorganisationen haben wir nie erstrebt. Wir wollen nicht, daß die Frage der Frauenorganisation eine Sache bloß der Arbeiterinnen sei, wir wollen, daß sie Sache der Gesamtpartei werde. . . Wir wünschen, daß die Partei die Arbeiterinnenbewegung nach besten Kräften und nach Möglichkeit fördert. Wenn wir für Frauensektionen eintreten, so geschieht das nur dort, wo die Arbeiterinnen in kleiner Minderheit sind. Wenn man die Frau in die gewerkschaftliche Organisation einbezogen hat, so ist es auch nothwendig, sie politisch zu schulen und mit dem Geiste der Sozialdemokratie zu erfüllen.“ Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Genossin Popp wurden durch Genossin Glas ergänzt. Sie betonte, daß es wichtig sei, die Frauen soweit zu schulen, daß sie die Kinder sozialdemokratisch erziehen, damit allein sei schon viel erreicht. Das Bestreben müsse dahin gehen, die Frauen den Gewerkschaften zuzuführen als gleichberechtigte Kämpferinnen auf wirtschaftlichem Gebiet, sie aber auch zum Verständniß des proletarischen Gesamtinteresses zu erziehen. Angenommen wurde ein Antrag, der es den Kreis- und Wahlkreisorganisationen zumal in der Provinz zur Pflicht macht, den Beschlüssen der Frauenkonferenz (siehe Nr. 9 der Gleichheit) Rechnung zu tragen.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in Viktoria (Australien) soll in Aussicht stehen. Der Premier von Viktoria, Sir George Turner, empfing eine Deputation, die um Einführung des Frauenstimmrechts ersuchte, und versprach ihr, demnächst eine diesbezügliche Vorlage im Parlament einzubringen. Es heißt, daß diese Vorlage Aussicht auf Annahme hat.

Frauenbewegung.

Weibliche Doktoren der Universität Zürich. Die medizinische Fakultät der Universität Zürich hat Fräulein Martha Wygodzinski aus Berlin auf Grund ihrer Dissertation und der abgelegten eidgenössischen Medizinalprüfungen die Würde eines Doktors der Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe verliehen. Die staatswissenschaftliche Fakultät der gleichen Universität verlieh die Würde eines Doktors der Rechte Fräulein Anita Augsburg, welche die vorschriftsmäßigen Prüfungen bestand und eine Dissertation eingereicht hat über „Die Entstehung und Praxis der Volksvertretung in England“. d. z.

Hymnus.

Von Heinrich Heine.

Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. Ich habe euch erleuchtet in der Dunkelheit, und als die Schlacht begann, socht ich voran, in der ersten Reihe.

Rund um mich her liegen die Leichen meiner Freunde, aber wir haben gesiegt. Wir haben gesiegt, aber rund umher liegen die Leichen meiner Freunde. In die jauchzenden Triumphgesänge tönen die Choräle der Todtenfeier. Wir haben aber weder Zeit zur Freude noch zur Trauer.

Aufs Neue erklingen die Trommeten, es giebt einen neuen Kampf. — Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!

Wittung.

Bei der Unterzeichneten gingen für die Wahlagitation ein: 50 Mk. durch Genossin Thier.

Frau M. Bengels, Vertrauensperson.
Berlin O, Fruchtstraße 30, Quergeb. 2 Tr.